24. Ist ein bei Aufforderung zu einem Verbrechen gegebenes „Darangeld“ als Gewährung von Vorteilen im Sinne des §. 49 a St.G.B.'s zu betrachten?
Vgl. oben Nr. 2.

I. Straffenat. Ur. v. 23. Februar 1882 g. W. u. Gen.
Rep. 314/82.

I. Landgericht München II.

Die Strafkammer hat festgestellt, daß der Beschwerdeführer W. in Gemeinschaft mit dem Mitangeklagten H. den Tagelöhner N. zur Verübung eines Verbrechens des Raubes im Sinne des §. 251 St.G.B.'s mündlich aufforderte, daß beide Angeklagte dem N., um ihn sicher anzulocken und zu gewinnen, mit den Worten: „Geld haben wir genug“ Geldbeutel mit vielem Gelde zeigten, und daß schließlich W. dem N. eine Mark als „Darangeld“, damit er nicht mehr zurückkömme, gab, sohin vermögensrechtliche Vorteile in Aussicht stellte und sofort gewährte.

Auf die vom Angeklagten W. ergriffene Revision, welche bestritt, daß dem Erfordernisse der Gewährung von Vorteilen irgend welcher Art im Sinne des §. 49 a St.G.B.'s genügt sei, ließ das Urteil des Revisionsgerichtes dahingestellt, ob die im erststrichterlichen Urteile fest-

gestellten Thatsachen den Schluß begründen, daß mit der Vorzeigung von Geld auch die Aussicht auf Erlangung eines Teiles dieses Geldes eröffnet worden sei, verwarf jedoch die Revision mit Rücksicht auf das gegebene Darangeld.

Aus den Gründen:

Durch die konstatierte Verabreichung eines „Darangeldes“ ist dem Erfordernisse der Gewährung eines Vorteiles unzweifelhaft genügt.

Wenn das Gesetz die schriftliche Aufforderung zu einem Verbrechen unbedingt, die mündliche nur dann bestraft, wenn die Aufforderung an die Gewährung von Vorteilen irgend welcher Art geknüpft ist, so beruht dieser Unterschied, wie die legislatorischen Verhandlungen klar entnehmen lassen, und auch das Reichsgericht schon wiederholt anerkannt hat, lediglich darauf, daß man bei der nur mündlichen Aufforderung eine besondere Sicherheit dafür erlangen wollte, daß nur ernste und auch dem Aufgeforderten als ernstgemeint sich darstellende Aufforderungen zur Strafe gezogen werden.

Während bei der schriftlichen Aufforderung diese Sicherheit in der Regel schon durch die gewählte Form an sich geboten schien, glaubte der Gesetzgeber sie bei der mündlichen Aufforderung in der Gewährung von Vorteilen, an welche die Aufforderung geknüpft sein müsse, zu finden.

Welcher Art diese Vorteile sein, und in welchem Umfange sie gewährt werden müssen, ist im Gesetze nicht bestimmt, und gestattet dessen allgemeine Fassung „Gewährung von Vorteilen irgend welcher Art“ in dieser Beziehung die weiteste Auslegung.

Da die Gewährung von Vorteilen zunächst nur als äußeres Zeichen der Ernstlichkeit des Willens seitens des Auffordernden verlangt wird, so ist es auch gleichgültig, ob der Vorteil ein größerer oder geringerer ist, und erscheint es als eine im Gesetze nicht begründete Aufstellung der Revision, daß die Größe des gewährten Vorteiles mit der Schwere des Verbrechens in entsprechendem Verhältnisse stehen müsse.

Auch das hier gewährte „Darangeld“ von einer Mark erscheint unzweifelhaft als ein gewährter Vorteil, und hiermit ist der Anforderung des Gesetzes genügt. — Übrigens ist das vom Gesetzgeber in den Vordergrund gestellte, durch die Gewährung von Vorteilen zu erhärtende Erfordernis der Ernstlichkeit des Willens gerade durch die hier für den gebotenen Vorteil gewählte Form der „Darangabe“ in hervorragender Weise gewährleistet. Es entspricht einer weit verbreiteten Gewöhnung

der Bevölkerung, bei Abschluß von Rechtsgeschäften der verschiedensten Art, insbesondere bei jeder Art des Dings zu einem Dienste oder einer Leistung, die Ernstlichkeit des Willens und das Zustandekommen der Willenseinigung der Kontrahenten durch eine „Daranz- oder Daraufgabe“ zu bestärken, und erachten sich die vertragschließenden Teile regelmäßig durch die Gewährung oder Empfangnahme dieser Gabe in besonders bindender Weise verpflichtet. Ein in der Form eines „Daranzgelbes“ gewährter, wenn auch geringfügiger Geldbetrag, dessen Verabfolgung der strafwürdigen Abmachung den Schein eines fest abgeschlossenen Rechtsgeschäftes verleiht, erscheint daher auf Grund dieser Auffassung zur Manifestierung der Ernstlichkeit des Willens und damit zur Erreichung des vom Gesetze erstrebten Zweckes in hervorragendem Maße geeignet.